Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 138/139 21. AUGUST 1976

D 1870 CX

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

ZUR GEGENÖFFENTLICHKEIT IN DER BUNDESREPUBLIK



kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

GEGENÖFFENTLICHKEIT

„Enteignet Springer" riefen wir oder unsere Vorfahren in heisseren Jahren. Daß sich diese Parole auf Zehnmarkscheinen, Buttons, mit Sprechchören und Teach-ins schnell und wirksam verbreitete, war ein Beispiel dafür, wie sich eine politische Bewegung ihre Kommunikation selbst organisiert. Was sich in den Aktionen und Diskussionen drumherum so alles tat, hat zwar Springers bedruckte Rotz- und Kotztüten nicht aus der Welt geschafft, aber es sind Stützpunkte einer neuen Art von Öffentlichkeit entstanden, die untereinander und miteinander eine Alternative zur herrschenden Bewußtlosigkeit bilden.

Gegenöffentlichkeit fängt ganz unten an: die Parole an der Mauer, das Transparent auf der Demonstration, die Diskussion mit den heißen Köpfen, am Arbeitsplatz, in der Wohnung – überhaupt der offen vorgenommene Versuch, sein Leben so einzurichten, daß man sich besser versteht und mehr zu sagen hat – das alles kann kein bürgerliches Medium zusammenbringen, das sind unsere Bedürfnisse, und deshalb müssen wir sie selbst organisieren. Es ist eine praktische Möglichkeit, die komplexe Zensur und Selbstzensur der bürgerlichen Medien offensiv zu unterlaufen, sich ihrer Entfremdung durch den Ausbau einer selbstbestimmten Gegenmacht zu widersetzen.

Für solche Ansätze gibt es Beispiele, seit es Freiheitsbewegungen gibt. Diese politische Kommunikation wurde und wird in gleichem Maße unterdrückt, wie der politische Widerstand , dessen Teil sie ist.

Die Medien der Gegenöffentlichkeit transportieren nicht nur die Abbilder der politischen Veränderung, sie setzen sie auch in ihrer inneren Struktur, in den eigenen Arbeitsbeziehungen und Verkehrsformen durch. Es gibt keine Trennung zwischen Machern und Konsumenten. Keine freischwebend raisonnierenden Journalisten, sondern die Betroffenen selbst haben das Wort.

Was sich daraus alles ergab und ergibt, entstammte meist dem Augenblick, war für die jeweilige politische Sitaution geschaffen und änderte oft das Gesicht.

In England gab es in den dreißiger Jahren über hundert „Arbeiterwochenschauen", die mit transportablen Kinos die Verbindung zwischen den im ganzen Land streikenden Arbeitern zusammenhielt. Um die deutsche „Arbeiter Illustrierte Zeitung" (damals zweitgrößte Illustrierte) gab es einen organisierten Kreis von Arbeiterfotografen, die ihren Lebens- und Arbeitsbereich mit dem neuen Medium darstellten.

Die Wyhler Bürger, die den KKW-Bauplatz besetzten, entwikkelten aus den Diskussionen im internationalen Freundschaftshaus bald eine eigene Zeitung „Was wir wollen" (erscheint heute noch). Die Revolutionäre Zelle, die in Berlin U-Bahn-Fahrkarten nachdruckte, fand sogar ihren Weg auf den UKW-Kanal.

Spätestens unter den Bedingungen der Illegalität für alle, im Faschismus, stellt sich heraus, ob das Kommunikationsnetz des Widerstandes seine Funktion erfüllt. Die „Arbeiter Illustrierte Zeitung" konnte bis 1938 erscheinen. Antifaschistische Propaganda wurde auch auf die Rückseite von Backpulverpäckchen gedruckt!

In dem Maße, wie die Bundesrechtsrepublik auf die Vergangenheit zusteuert, wird auch eine subversive Kreativität aktuell, über die man das, was verboten ist, veröffentlichen kann.

In anderen Ländern gibt es bereits ein entwickelteres Netz der Gegenöffentlichkeit. In Frankreich hat sich die Tageszeitung Liberation durchgesetzt, in Zürich braucht man nur die richtige Nummer zu wählen und man hört die neuesten Gegennachrichten aus der Telefonziitig. In England, Schweden und Holland gibt es eine Reihe illegaler Radiostationen, die mit ihren Sendungen mehr Leute erreichen, als es je eine Zeitung könnte. Beim Londoner Radio Concord sind es potentiell el f Millionen, die neben unbekannter neuer Musik und Features auch alternative Maklernachrichten hören können – z.B. über leerstehende und somit besetzungsreife Häuser. In USA und Kanada entwickelt sich ein dezentrales Fernsehsystem.

Gegenöffentlichkeit läßt sich überall und zu jeder Zeit herstellen – ihre Formen und Ausdrucksmittel sind nur durch die Fantasie begrenzt.

Um aber nicht schutzlos und isoliert gegen den herrschenden Apparat zu sein, braucht man eine kontinuierlich funktionierende, politisch bewußte Infrastruktur. Das soll man auf keinen Fall zu einem abgeschlossenen Inseldasein stilisieren.

Gegenöffenlichkeit als offensive Selbstverteidigung schließt auch Kontakte zur kritischen Leuten in den bürgerlichen Medien ein. Die kann man unterstützen ohne gleich seine Seele dem Teufel zu verschreiben.

Es gibt in der BRD und Westberlin mittlerweile eine ganze Reihe von Zeitschriften, Verlagen, Buchläden und informellen Kontakten, die zusammen eine sich ergänzende, wenn auch nicht bruchlose Einheit bilden. Einige aktuelle Exponenten, die keine Partei oder Finanzkissen hinter sich haben, möchten wir vorstellen.

(aus: Extra-Blatt über „Unterdrückung und Widerstand in der BRD - Zum § 88a usw.", das es noch massenhaft gibt beim Blatt, Adelgundenstr. 18, 8000 München 22).

ALTERNATIVE ZEITUNGEN ORGANISIEREN SICH

FRANKFURT (ID) 28. Juli

Bis vor etwa einem Jahr waren die linken Zeitungen dieser Art Einzelerscheinungen, konnten quasi noch beim Namen genannt werden. Innerhalb kurzer Zeit sind zwei Dutzend Zeitungsprojekte entstanden, die eine lokale bzw. regionale Öffentlichkeit erreichen können. Erst diese Entwicklung hat zum Sammelbegriff der Alternativzeitungen geführt. Kleinere bisher nicht so bekannte Stadtzeitungen und eine Menge neuer Projekte – durch die augenblickliche Entwicklung ermutigt –kamen dazu und bilden jetzt, zuzüglich einiger Initiativen, die Alternativ-Presse mit rund 70 Kollektiven in der BRD.

Differenzieren lassen sich die Zeitungen nach der Zielgruppe (für die Linke,/bzw. darüber hinaus/ bzw. gesamte Stadtöffentlichkeit) nach Inhalt-Schwerpunkten (Bürgerinitiativen/bzw. spezielle Initiativen wie Mieter/ Sanierung/ Neu-, Altbau/Kinder etc/ für Studenten/ Schüler- und Jugendzentren usw.), nach Konzeption bei der Herstellung („Leserzeitungs-Konzept", bzw. Redaktion als „vermittelnde Helfer" bzw. eigenständig arbeitende Redaktion), nach der Erscheinungsweise (monatlich/wöchentlich), nach Begriffen wie Zeitung/ Journal/ Illustrierte usw.. Gemeinsames Kennzeichen ist jedoch die Nicht-Parteigebundenheit.

Zum Aachener Treffen aus unserer Sicht:

Nach einem Vorbereitungstermin während des Anti-Repressions-Kongresses des Sozialistischen Büros zu Pfingsten in Frankfurt hat sich ein Großteil der Alternativ-Zeitungsprojekte am Wochenende zum 10./11. Juli in Aachen getroffen.

Schon längere Zeit bestand ein allgemeiner Wunsch in den Zeitungsgruppen, wenigstens was die schon länger bestehenden Projekte betrifft, sich besser kennenzulernen und die bis dahin sporadischen Kontakte zu verbessern, zu einer besseren Zusammenarbeit zu kommen.

Unser Interesse hatten wir ja schon in der Mitvorbereitung zusammen mit Klenkes und VolksBlatt eingebracht. Dabei stand im Vordergrund, daß die Voraussetzung für eine Weiterentwicklung unserer Arbeit im ID ja mit der Anzahl selbständig arbeitender Zeitungsgruppen immer besser wird. Durch das Fehlen linker und liberaler Zeitungen, insbesondere und überhaupt einer

linken oder liberalen Öffentlichkeit – im Vergleich etwa zu Frankreich oder Italien – hat der ID stark eine Zeitungs-Ersatz-Funktion erhalten, die wir von unseren Vorstellungen her nicht entwickeln wollten. Diese Entwicklung haben wir eigentlich gebremst, was sich bei Entscheidungen um Auflagensteigerungen immer gezeigt hat. Von der Entwicklung selbständig arbeitender Zeitungsgruppen können wir uns längerfristig versprechen, daß wir in Zusammenarbeit einen Ansatz von Gegenöffentlichkeit erreichen, der uns von der Last befreit, eine Art Superzeitung zu machen, die möglichst umfassend sowohl über lokale, überregionale und internationale Ereignisse berichtet.

Angesichts der stets wachsenden Zahl alternativer Zeitungsprojekte scheint uns die Entwicklung eines Medienverbundes notwendig. Doch mit Vorsicht haben wir vom „Medienverbund" gesprochen, ein etwas großes Wort angesichts der Realität; aber die Möglichkeit, Öffentlichkeit zu schaffen über den eigenen Ort hinaus, und das in Zusammenarbeit mit Leuten, die man kennt, hat unsere Phantasie ganz schön angeturnt.

Es könnte für uns heißen, den Schwerpunkt „Agentur" (Nachrichtenvermittler an Mulitplikatoren) wieder stärker in den Vordergrund zu stellen.

Andererseits war abzusehen, daß inhaltliche Differenzen – was die politischen Positionen der einzelnen Zeitungsgruppen betrifft, – über kurz oder lang offen ausgetragen werden mußten. Aufhänger und auch nicht mehr hierfür war der Konflikt um das Kölner VolksBlatt mit offenem Brief und so weiter (alles in dieser Nummer abgedruckt).

Der erste Tag des Treffens war erwartungsgemäß von dieser Auseinandersetzung geprägt, und zwar in solch einem Ausmaß, daß zeitweise die Versammlung auseinanderzubrechen drohte.

GEFAHR DER FRAKTIONIERUNG

Eine der Arbeitsgruppen auf dem Aachener Treffen beschäftigte sich mit „Funktion und Konzeption der Zeitungsprojekte vor dem Hintergrund der augenblicklichen politischen Situation." Mitarbeiter vom „Klenkes" haben die Diskussion zusammengefaßt:

1.
Die Auseinandersetzung war gekennzeichnet durch eine vielfach nicht klar ausgesprochene aber fraglos zugrundegelegte Klassifizierung der Teilnehmer in Mitarbeiter an sogenannten Volksblättern einerseits und Mitarbeiter an Zeitungsprojekten, die sich primär auf die bereits politisch aktive organisierte oder unorganisierte Linke beziehen.

2.
Der sogenannten Volksblattkonzeption (von der immer so getan wurde, als gäbe es einen Konsens innerhalb der verschiedenen Zeitungsprojekte!) wurde von der Gegenseite der Vorwurf gemacht, sie würde sich „den bürgerlichen Volksmassen anbiedern", sie würde „lediglich das augenblickliche politische Bewußtsein der Initiativen abbilden" und ihre eigenen politischen Vorstellungen in Form einer Selbstzensur entweder gar nicht oder nicht klar genug äußern, um die sogenannten Bürger als Leser oder als potentielle bzw. reale Träger der jeweiligen Initiativen nicht zu verschrecken. So würden von diesen Zeitungsprojekten zentrale politische Probleme als Ausdruck der Repressionsentwicklung wie Berufsverbote, § 88a, Ulrike Meinhof und die gesamte Knastproblematik entweder schlichtweg tabuisiert oder nur verkürzt behandeln.

3.
Diese – falls zutreffend – wichtigen Kritikpunkte wurden in der Diskussion nicht an einzelnen Zeitungsprojekten und der Art der Behandlung bzw. Nichtbehandlung bestimmter Themen konkretisiert, sondern in allgemeiner Form weiterbehandelt (wohl teilweise Ausdruck der Unkenntnis der einzelnen Blätter bei den Teilnehmern). Die sogenannten Volksblätter fühlten sich zu Unrecht angegriffen und versuchten, die pauschalen Angriffe, in ebenso pauschaler Weise zu entkräften. Wat Löppt (Wuppertal): „Die Tendenz unserer Artikel wird nicht von der Redaktion, sondern von den arbeitenden Gruppen bestimmt." Oder Kölner VolksBlatt: Die Knastproblematik darf sich nicht nur auf die Sitaution politischer Gefangener beschränken, sondern muß diejenige „normaler Krimineller" mit einbeziehen. Oder: jedes Jugendzentrum unterliegt prinzipiell derselben Repression, wie sie sich im § 88a ausdrückt. Oder Klenkes, Aachen: § 88a darf nicht isoliert behandelt werden, sondern es muß der Zusammenhang mit anderen Repressionsmaßnahmen im politischen und ökonomischen Bereich wie Arbeitslosigkeit und Berufsverbote hergestellt werden. (Hinweis: Dies sind nicht die Meinungen der Redaktionen, sondern – wie mehrfach betont wurde – einzelner Mitarbeiter.)

Die gesamte Auseinandersetzung bewegte sich auf diesem allgemeinen Niveau von Vorwurf und Rechtfertigung, ohne die sicherlich vorhandenen Kontroversen an konkreten Konflikten, wie sie in einzelnen Redaktionen aufgebrochen waren und ihren Niederschlag in den jeweiligen Artikeln fanden, festzumachen. Beispiel für diese Abgehobenheit der Diskussion und damit ihre Inhaltsleere der Heinweis auf eine „gelungene Verbindung zwischen der Behandlung allgemeinpolitischer Themen und konkreter lokaler Basisaktivitäten in der Konzeption des Münchner Blattes". Es blieb bei diesem Hinweis, ohne ihn zu konkretisieren.

Festzuhalten sind einige Fragen, die in dieser Diskussion nicht geklärt werden konnten, für die Arbeit jeder Zeitung uns allerdings zentral erscheinen:

– Werden bestimmte politische Probleme tabuisiert und warum?
– Wie bezieht sich die Zeitung auf bestimmte Kräfte innerhalb von Parteien und Gewerkschaften und mit welcher Absicht?
– Begreift sich die Zeitung lediglich als Abbild realer politischer Prozesse oder versucht sie, durch ihre Arbeit die politische Praxis und den Bewußtseinsstand der sie tragenden politischen Subjekte weiterzutreiben? Nimmt sie eine Avantgarde-Funktion ein? Wenn ja – wie macht sie das und mit welchem Erfolg?
– Hält die Redaktion ihre politischen Vorstellungen zurück oder werden sie klar geäußert?
– Wer bestimmt die Tendenz der Zeitung: die arbeitenden Initiativen oder die Redaktion – oder beide gemeinsam und wie?
– Ist die Zeitung in ihrer äußeren Erscheinung (Layout, Karrikaturen usw.) lediglich ein Abbild „bürgerlicher" Zeitungen oder stellt sie auch in der Aufmachung eine Alternative dar?

Zu unserer aller Überraschung stellte sich am nächsten Morgen in der Arbeitsgruppe4/5 eine ausgesprochen gute Atmosphäre ein und die während des Festes am Vorabend diskutierten Vorschläge wurden gründlich und pragmatisch besprochen. Auf dem abschließenden Plenum sind diese Vorschläge mit geringen Veränderungen dann akzeptiert worden. Die meisten Gruppen hatten allerdings keine „entscheidungsfähigen Delegierten" geschickt. So soll endgültig über folgende Vorschläge auf dem nächsten Treffen vom 8. bis 10. Oktober in Kassel entschieden werden:

1. Regelmäßig Vollversammlungen
   Drei- bis viermal im Jahr treffen sich Delegierte, wobei unklar war, ob die Zahl der Teilnehmer je Zeitung beschränkt werden soll oder nicht; dafür spricht die größere Arbeitsfähigkeit, dagegen die Monopolisierung von Kontakten.
2. Unterstützungsprogramm innerhalb der Alternativpresse
   a) Solidaritätsnachdruck
   Wird die Ausgabe einer Zeitung beschlagnahmt, oder ergreift die Justiz andere Zensurmaßnahmen, sollen die anderen Alternativzeitungen über diesen Vorfall berichten. Die betroffene Zeitung stellt dafür zur Verfügung:
   – den/das Artikel/Bild des Anstoßes
   – eine Kopie des entsprechenden Erlasses/Verfügung
   – eine Erklärung oder Artikel zu dem Vorfall.
   Damit soll verhindert werden, daß die Zensurschwelle Stück für Stück weiter nach unten geschoben wird, indem an einzelnen Zeitungen Exempel statuiert werden.

b) Solidaritätsfond

Aus Erfahrungen z.B. des Münchner Blatt wissen wir, wieviel Geld die juristischen Auseinandersetzungen kosten. Angesichts der meist nicht so guten Finanzlage der Alternativzeitungen können solche Kosten zum Ruin führen. Um dem entgegenzuwirken gilt im Moment als Vorschlag: jedes Projekt zahlt mindestens zehn Mark im Monat auf ein Konto, das der ID eingerichtet hat:

Postscheckamt Frankfurt, Nr. 3321 90-604
Thomas Meusert, Zeitungssolidaritätsfond
Eckenheimer Schulstr. 2, 6000 Frankfurt 50

Über das Konto können bis zum Kasseler Treffen ein Gremium aus Klenkes, Freiburger Stadtzeitung und Blatt verfügen, wenn einstimmige Beschlüsse gefaßt werden. Damit kann im Notfall einem Projekt kurzfristig mit 500 Mark geholfen werden.

Wie gesagt: diese Regelung gilt bis Kassel, dort sollen Vorschläge eingebracht und beraten werden, wie der Solidaritätsfond letztlich aussehen soll.

3. Zusammenarbeit im Fall wichtiger Ereignisse und Kampagnen

Die Produktivkraft der Alternativ-Presse wirkt sich erst dann aus, wenn es gelingt, zum gleichen Zeitpunkt (annähernd) das gleiche Thema zu behandeln. Dabei dreht es sich darum, daß wir uns einigen, ein bestimmtes Ereignis zu behandeln, jede Zeitung aber in der ihr möglichen bzw. wünschenswerten Weise. Also kein für alle verbindlicher Mantelteil.

Bei Kampagnen und Ähnlichem soll eine Zeitung für den entsprechenden Zeitraum koordinierende Funktion erhalten. Das kann sich richten nach Aufmaß der Vorarbeit, aktive Rolle in dieser Kampagne, geografisch-lokal gutem Bezug us.w..

Für den September gab es den Versuch einer Vorabsprache. Die Diskussionen und eventuellen Aktionen um „Nachschläge" in den Lohnrunden sollen jeweils örtlich bezogen dargestellt werden, um das Schweigen der Medien anzugreifen.

Ein aus unserer Sicht „heißer" Punkt ist die Frage des „Archivs", bzw. alles, was mit organisierter Sammlung und Archivierung auf überörtlicher Ebene zu tun hat. Es gibt eine Menge einzelner, vereinzelter Zeitungsausschneider/Artikelsammler und das noch unterteilt nach Arbeitsfeldern/Stichworten usw.. Für einen Zusammenhang wie die alternative Presse haben solche Ansätze so gut wie keine Bedeutung, weil einmal die meisten Sammler nicht bekannt sind und zum anderen sie auch in der Regel zu nicht mehr als zum Sammeln kommen. Mit Nachfragen und Kopieren/Verschicken usw. wären sie hoffnungslos überfordert.

Aus unserer Erfahrung mit dieser Arbeit sind wir zu der Ansicht gekommen, daß wir es uns im Moment noch nicht leisten können, ein Mammut-Archiv einzurichten, das alle Projekte mit dieser Dienstleistung versorgt. Eine Verteilung einzelner Archivstichwörter an verschiedene Gruppen kann unserer Ansicht nach nur eine kurzfristige Übergangslösung sein. Sollte das „Archiv" wirklich benutzt werden, entsteht durch die Dezentralisierung ein irrsinniger Arbeitsaufwand.

Nun ist es so, daß unsere Arbeit im ID nahe an die Archivarbeit herankommt, wir auch nicht thematisch beschränkt sind, eine täglich arbeitende Redaktion haben und ein überregionalen Bezug. Insofern haben wir auch ein Interesse, diese Aufgabe mit anzugehen.

Die Archivdiskussion, die bei uns schon längere Zeit geführt wird, wollen wir etwas beschleunigen, um zum Kasseler Termin einen Vorschlag einzubringen, der für eine Auswahl von Arbeitsfeldern/Stichworten gelten soll und perspektivitsch erweitert werden kann.

Zum Abschluß nochmals das Konto:

Postscheckamt Frankfurt, Nr. 33 21 90-604
Thomas Meusert
Zeitungssolidaritätsfond
Eckenheimer Schulstr. 2
6000 Frankfurt 90

ZUM KONFLIKT UM DAS KÖLNER VOLKSBLATT
OFFENER BRIEF VOM MAI 1976

"Liebe Freundinnen, Freunde, Genossinen und Genossen der VolksBlatt-Redaktion,

Wenn wir mit euch fertig wären, würden wir euch nicht einmal einer Kritik für wert halten. Wir bitten deshalb, unseren Brief als eine solidarische Kritik und Aufforderung zu einer offenen und öffentlichen Diskussion anzusehen. Kurz gesagt: bei allem Respekt vor eurer Arbeit, wir meinen feststellen zu können, daß ihr — eurem ursprünglichen Anspruch zuwider — auf der schiefen Ebene zu einer unpolitischen Zeitung seid. Das heißt für uns, das VolksBlatt (VB) hört auf, eine linke Zeitung zu sein.

WAS WILL (WOLLTE) DAS KÖLNER VOLKSBLATT?

Das VB erscheint mit dem Untertitel: „Bürgerinitiativen informieren". Damit formuliert es seinen Anspruch in Kurzform: es will eine „Zeitung von unten" sein, eine Zeitung, „aus der Sicht der Bürger im Stadtteil, der Arbeiter und Angestellten in ihren Betrieben, die sich gegen etwas wehren, für etwas kämpfen. Darum zielen unsere Berichte, Kommentare und Analysen auch immer darauf, daß sich die Leser bestehenden Initiativen anschließen, neue Gruppen und Organisationen bilden, daß Aktivitäten zusammenfließen, Gruppen gemeinsam kämpfen, um den Widerstand derjenigen kleinen Minderheit zu brechen, die mit Hilfe von Geld, Beziehungen und Klüngelei überall versucht, sich an der Macht zu halten." (KVB 1/75); Das VB soll „basisdemokratisch ... sein und konkret an den Erfahrungen der Leute im Stadtteil und Betrieb ansetzen, also da, wo die herkömmliche Politik oder die Parteien verblendet sind, versagt haben, (will es) Bedrüfnisse, die im Arbeits- und Wohnbereich vorkommen und verstümmelt werden, in Richtung auf Aktivierung wenden. Die Formen der Gegenwehr, die oft eher erstickt als gefördert werden, wollen wir mit der Absicht propagieren und vorantreiben: tut euch zusammen, wir können was machen, wir vertreten unsere Interessen selbst." (aus einem Redaktionsprotokoll) Außerdem soll „mehr über alltägliche Widerstand- und Sabotage-Akte in den Betrieben berichtet werden". (aaO)

Das VB will also mehr als „bloß" eine Zeitung sein. Es will Gegenöffentlichkeit herstellen, Interessen politisieren und organisieren helfen.

Diesen allgemeinen Anspruch des VB halten wir für gut und richtig, wenn wir auch die Blässe der Leerformeln („gegen etwas wehren, für etwas kämpfen"), das fast peinlich wirkende Vermeiden von Begriffen wie Kapitalismus/Sozialismus und die etwas betuliche Beschreibung der herrschenden Minderheit, so als sei sie eine ausmachbare und austauschbare Personengruppe der gemeinsame Gegner und nicht die kapitalistische Gesellschaftstruktur als Ganzes kritisieren. Wir wollen im folgenden unsere Überlegungen an zwei Beispielen entwickeln. Sie sind leicht überprüfbar, weil viele Genossinnen und Genossen an den Ereignissen beteiligt waren, und sie erst kurz zurückliegen.

UNSERE KRITIK. BEISPIEL 1: DIE DRUCKERSTREIK-ZEITUNG

Wir fragen die bei der Produktion beteiligten Genossen:

1. Warum habt ihr die vorliegenden Artikel zur längerfristigen Perspektive des Druckerkampfes allgemein (Arbeitsplatzsicherung, Rationalsierung, Dequalifizierung), also die politischen, analytischen Artikel alle rausgeschmissen, also entpolitisiert?
2. Wieso habt ihr das Erscheinen der Streikzeitung von einem Interview mit dem IG-Druck Landesvorsitzenden Gent abhängig gemacht, obwohl Interviews von streikenden Kollegen vorlagen?
3. Wieso hat ausgerechnet ein VB-Genosse das Interview mit dem IG-Druck Landesvorsitzenden geführt, nicht aber die an der Zeitung beteiligten Druck-Kollegen?
4. Wieso habt ihr die Rolle der Gewerkschaftsbürokraten beschönigt (oder gefälscht)? Auf Seite 3 im Beitrag „Auf wessen Seite steht die Polizei? " behauptet ihr wahrheitswidrig, die Polizei habe die Streikblockade aufgelöst. In Warhheit — und der Bericht lag euch vor — haben der im Foto sogar abgebildete Gewerk-

schaftssekretär Blumenberg und der BR-Vorsitzende Nöbel zur Auflösung der Blockade aufgefordert.

5. Wie erklärt ihr euch, daß auf S ite 4 zwar ein Foto von Bundespräsident Scheel erscheint mit einem Text, der Züge der Eigenreklame fürs VB hat, ihr euch aber gleichzeitig energisch z.B. der Aufnahme eines Artikels über die am gleichen Tag gestorbene Genossin Ulrike Meinhof widersetzt? Deutet diese anpasserische Entpolitisierung darauf hin, daß ihr vielleicht anstrebt, den ersten Pressepreis — vergeben vom Bundespresseamt — für eine „bürgernahe" Zeitung zu erhalten? Glaubt ihr, daß man (parteilich) eine Zeitung für die Unterdrückten machen und dafür von den Unterdrückern noch belobigt werden kann?

6. Zur Streikzeitung insgesamt: Habt ihr euch in den Dienst der beteiligten Druck-Kollegen gestellt oder habt ihr sie für eigene Zwecke in den Dienst genommen? (Ein Genosse vom VB: „Wir wollen uns neue Käuferkreise erschließen"; vergl. auch die Auflage von 15.000; präzise: Wolltet ihr Marktchancen in zeitungsloser Zeit nutzen?)

BEISPIEL 2: DIE VERHINDERUNG DES ARTIKELS ZU ULRIKE MEINHOF

1. Welche politischen Überlegungen haben euch veranlaßt, den Artikel zu Ulrike Meinhof in der Streikzeitung abzublocken?

2. Warum habt ihr eure ablehnende Meinung nicht auf einen einheitlichen Nenner und offen zum Ausdruck gebracht, sondern eine Verzögerungs- und Verschleierungstaktik gewählt, um den Artikel auch in der ordentlichen VB-Ausgabe nicht aufnehmen zu müssen?

3. Könnte es sein, daß die von euch offenbar geschätzte Praxis, strittige Artikel immer wieder zu verschieben (und umzuschreiben: oftmals bis zur Unkenntlichkeit, in Einzelfällen bis zu sieben mal = sieben Monate) nur Ausdruck einer Strategie ist, um der Erhaltung eines fiktiven „Linkspluralismus" willen jede politische Meinungsbildung in der Redaktion zu verhindern? Und wenn das stimmt: Seht ihr nicht die Gefahr, daß im Redaktionskollektiv taktisches Verhalten offene Diskussion ablöst?

4. Warum haben eine Re ihe von VB-Genossen, die zunächst für einen Artikel waren, ihre Meinungsänderung nicht redaktionsöffentlich gemacht, sondern geschwiegen?

5. Schließlich — da allgemeinpolitische Fragen von VB-Genossen immer gegen den konkreten Bezug zu Bürgerinitiattiven ausgespielt werden: Was heißt für euch noch Politisierung von Interessen?

Diese beiden Beispiele sind keine Einzelfälle. Erinnert sei an dieser Stelle nur noch einmal daran, daß die Vergewaltigung einer Frau durch einen Griechen nicht im V B abgehandelt werden konnte. Argument eines VB-Genossen war sinngemäß: „Man soll sich die Kleidung der Frauen im Sommer nur mal anschauen, die sind da doch selbst schuld". Vorgeblicher Ablehnungsgrund: Man will keine Ressentiments gegen Gastarbeiter schüren. Wir meinen dagegen, daß gerade am Modellfall eines „schwulen jüdischen Negers" der eine Frau vergewaltigt, die doppelte Unterdrückung der Frauen exemplarisch zu zeigen wäre.

Wir wollen unsere Kritik am VB und dessen Unfähigkeit, politische Sachverhalte zu vermitteln, zuletzt noch an einem weiteren Beispiel verdeutlichen:

Die Druckerei „Betrieb", die das VB druckt, „und deren drei Mitarbeiter das Projekt von Anfang an mitgetragen haben" (so die Selbstdarstellung) und die von der Rechtskonstruktion her Eigentümer sind, haben an anderer Stelle ausführlich über zahlreiche Durchsuchungs- und Schikaniermaßnahmen der Staatscutzbehörden gegen ihre Druckerei berichtet (siehe LINKS Nr. 73). Sinnigerweise ist der LINKS-Artikel auch noch überschrieben „Im Vorgriff auf einen Paragrafen". Der Artikel schließt mit dem Satz: „Das, was da aber erst geplant und in der parlamentarischen Diskussion ist, wird hier schon pratksich und präventiv ex erziert."

Im VB findet sich dagegen nichts zu den inzwischen rechtskräftigen Maulkorbparagrafen, obwohl
— in Köln solche Staatschutzaktionen häufig stattfanden
— die VB-Macher davon unmittelbar auch betroffen waren
— sie die Bedeutung dieser „Gesetzesreform" kannten
— nach ihrem eigenen Konzept alle Voraussetzungen für einen Artikel da waren (Tathandlung, in Köln, Betroffenheit von Bürgerinitiativen, exemplarischer Fall etc.).

Wir fragen:
Warum tauchte diese wichtigste Gesetzesreform" für Zeitungsmacher in der „Zeitung von unten" nicht auf?
Warum erschien ferner im VB kein einführender und vorbereitender Artikel zur SB-Repressionsveranstaltung in Köln, sondern lediglich ein Terminhinweis?
Warum berichtet das VB nicht über die gegenwärtig wohl bedeutendste politische Veranstaltung, dei in nationalem Rahmen Widerstand gegen die Repression organisieren helfen will: den Pfingstkongreß in Frankfurt (veranstaltet auf Initiative des Sozialistischen Büros)?
Warum beteiligen sich weder Druckerei („Betrieb") noch Volksblatt — wie andere Verlage, Druckereien etc. — im Verband des Linken Buchhandels (VLB) am Aufbau einer gemeinsamen Widerstandsfront?

Nach unseren Erfahrungen betrachten wir die Entwicklung des VB skeptisch. Wir vermögen nicht mehr zu sehen, wie ihr den eigenen Anspruch einlösen wollt, der da heißt: Politisierung von Interessen. Interessen „von unten" poltisieren heißt doch gerade: jeder Einzelfall muß exemplarisch gesellschaftliche Zusammenhänge aufdecken helfen. Das VB verliert dann seinen Sinn, wenn es sich bloß noch an die von dem politischen System vorformulierten Alternativen, Pläne und Angebote hält (vgl. auch die immer im VB abgedruckten „praktikablen" Vorschläge, an den Rat der Stadt). Bürgerinitiativen sind längst schon in dieses System eingeplant. Sie werden zu parlamentarischen Initiativen, wenn sie nur noch ihr eng umgrenztes Arbeitsfeld sehen. Aufgabe des VB nach eigenem Anspruch wäre es doch gerade, dazu beizutragen, daß aus vor-parlamentarischen Gruppen „basis-demokratische" werden. Es hat in der Vergangenheit zahlreiche Artikel von einzelnen Bürgern dieser Stadt und von Bürgerinitiativen gegeben, die von der Redaktion verändert und dabei verfälscht worden sind. Darauf wollen wir nicht mehr eingehen. Wichtiger für uns ist, das System herauszuarbeiten, mit dem die öffentliche Diskussion über und mit dem VB verhindert wird.

Nach Meinung der Redaktion findet eine Kritik am VB nur im VB statt, aber:
— kritische Leserbriefe werden nicht veröffentlicht; Beispiel Klaus der Geiger hat in einem Offenen Brief Kritik geübt. Der Brief wurde nicht abgedruckt.
— einzelne Kritiker werden zu Redaktionssitzungen geladen und mit der geschlossenen Redaktionsgruppe konfrontiert. Jede Kritk und jeder Kritiker so vereinzelt. Eine kollektive Diskussion (auch über die Verbesserung der Zeitung) kommt so gar nicht in Gang.
— als bekannt wurde, daß einige Genossinen und Genossen diesen Brief schreiben wollten, rief ein führendes Redaktionsmitglied bei einem der mutmaßlichen Initiatoren an, man solle das Problem doch bei einem Glas Bier „vernünftig" bereden.

Wir meinen, die Diskussion über das VB ist nur unter Einbeziehung aller Interessierten, Initiativen und Gruppen möglich. Deshlab haben wir zur Eröffnung dieser kollektiven Diskussion auch diesen Brief geschrieben."

Mit solidarischen Grüßen
Genssinnen und Genossen aus verschidenen Arbeitszusammenhängen
Arbeitskollektiv"Der Andere Buchladen"

ID ALS GEGENÖFFENTLICHKEIT

Zum Selbstverständnis des ID-Kollektivs und seiner Pressearbeit hier einige Berichte und Stimmen:

ns-Dienst

liebener Nachrichten



27 29.Mai 1976 D 22354 C

* frankfurter
* informationsdienst
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

chnik,haben die arbeit niedergelegt -1-
ch senioren -1-
-2-
-ftwerken -2-
-3-

* postadresse :
* postfach 90
* 6000 fr

„Nun sind aber in den letzten zehn Jahren in vielen westlichen Ländern unzählige Zeitungen und Blättchen der Neuen Linken entstanden, die mit dem Nachrichtenstoff der etablierten Nachrichtenagenturen wenig anfangen können. Deshalb gibt es heute eine ganze Reihe von alternativen Nachrichtendiensten. In den USA der „Liberation News Service", in Frankreich die „Agence Presse de Liberation" (die heute in der Tageszeitung „Liberation" integriert ist) und in der Bundesrepublik Deutschland den „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" (ID).

„Wir halten ein unabhängiges Organ wie den ID für notwendig, um dem Nachrichtenmonopol der etablierten und von der Werbung abhängigen Presse zu begegnen. Die Verabschiedung der Maulkorbgesetze (jetzt § 88a) könnte zur Folge haben, daß auch die letzten zensurfreien Publikationen in der Bundesrepublik zu Aufgabe der freien Meinungsäußerung gezwungen werden.

Da der ID auch aus Bereichen, die eine andere Zeitschrift heute kaum anzugehen wagt, authentisch berichtet, scheint uns die Existenz des ID besonders bedroht. Wir haben deshalb einen Beirat zur Unterstützung der Redaktion gegründet ..."

(Peter O. Chotjewitz, Jürgen Roth und Gerhard Zwerenz in einem Schreiben zur Unter stützung des ID)

„Eine wichtige Funktion kommt dem Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID) zu. Er ist das aktuellste und ausführlichste Nachrichtenorgan der Gegenpresse. Wöchentlich werden die „unterbliebenen Nachrichten" veröffentlicht, deren Verbreitung nicht im Interesse der herrschenden Medien liegt; oder deren Bedeutung sie nicht erkennt: über neue Widerstandsformen im Betrieb, im Stadtteil, im Ausbildungsbereich, über Justiz, Repression, „Klassenkampf von oben", über Jugendzentren, Frauenbewegung, Ökologie und Bürgerinitiativen, über Stadtguerilla, über den Kampf in der Armee und über Formen der Gegenkultur. Der Schwerpunkt liegt auf „Basisberichten" und Selbstdarstellungen der Betroffenen. Die Bereiche sind nicht auf die BRD begrenzt, es bestehen Kontakte zu ähnlichen Projekten im Ausland. Der ID richtet sich an politische Gruppen, Zeitungen, linke Journalisten und interessierte Individuen, die für ihren Bereich die „unterbliebenen Nachrichten" gebrauchen und weiterverbreiten können."

„Bekannt wurde der ID durch seine Wyhl-Berichte, die - inzwischen unterbrochenen — Notizen aus Stammheim zum Stammheimer Prozeß und zuletzt durch die Veröffentlichung von 25 Namen und Adressen von CIA-Agenten in der BRD. Im ID-Kollektiv arbeiten etwa 15 Leute, in der Regel unbezahlt, dazu gibt es viele lose Kontakte. Die Auflage ist ca. 3.500."

(aus: ExtraBlatt über „Unterdrückung und Widerstand in der BRD — zum § 88a usw.", herausgegeben von der Münchner Stadtzeitung „Blatt", zu bestellen beim Blatt, Adelgundenstr. 18, 8000 München 22, Preis: zwei Mark.)

Das ID-Kollektiv arbeitet nach folgendem Selbstverständnis:

„der informationsdienst versteht sich als baustein für einen sozialistischen nachrichtendienst, dessen notwendigkeit sich ende der 60er jahre deutlich abzeichnete, als sich in betrieben, stadtteilen, und der provinz neue kampfformen gegen die diktatur des kapitals entwickelten. diese ereignisse und die erfahrungen daraus mußten und müssen weiterverbreitet werden.

wir wissen daß diese aufgabe von der bürgerlichen presse ignoriert, unterschlagen wird. andererseits sind die linken periodika entweder technisch noch nicht in der lage, die gesamtheit dieser nachrichten rasch zu erfassen und weiterzuleiten, oder sie schliessen sich durch ihre absolutistische haltung („im interesse des volkes die halbe wahrheit verschweigen") von dieser möglichkeit aus."

(aus: „Linke Öffentlichkeit, Alternative von unten" in päd. extra vom 15.12.75)

„in letzter zeit wurde das feedback besser, durch immer mehr alternativzeitungen und andere alternative medienprojekte werden ID-meldungen immer häufiger verbreitet, d.h. unsere vorstellungen von multiplikatoren fängt an, sich zu realisieren. auch bleiben die, die den ID schon mal benutzt haben, mit uns weiter in kontakt.

seit bestehen des ID wollen gruppen den ID über nachrichten- und faktenvermittlung hinaus auch als ideologisches sprachrohr benutzen und daraus resultiert häufig der zensurvorwurf (ID 114). wir meinen, daß das produzierte papier aus der bewegung nicht die reale bewegung wiederspiegelt, sondern daß bestimmte gruppen aus ihrem arbeits- und lebenszusammenhang heraus mehr papier produzieren als andere, deren arbeit genauso wichtig ist. (fast ein jahr lang wurde im ID überwyhl berichtet, ehe die linke außerhalb freiburgs und auch andere überhaupt reagierten).

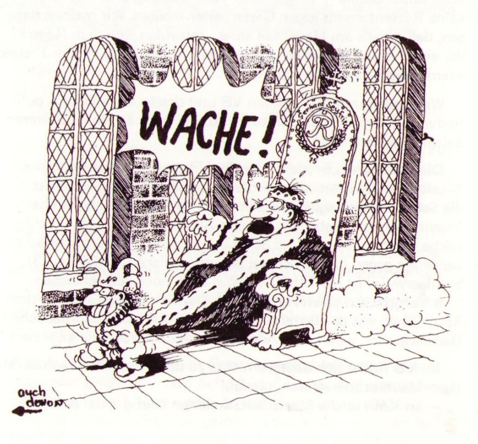
...

der ursprüngliche rahmen unserer arbeit, sich auf basismeldungen zu beschränken, ist mittlerweile öfter durchbrochen worden, indem wir zu bestimmten entwicklungen selbst recherchieren z.b. CIA, CARP, druckerstreik u.ä.)"

(aus: Kurze Darstellung der Entwicklung des ID fürs Aachener Treffen)

„Terroranweisungen gibt es in der Bundesrepublik im Buchhandel zu kaufen, für Interessenten sogar im Abonnement: mit Wissen der Sicherheitsbehröden werden seit zwei Jahren in der Anarchistenzeitschrift „Informationsdienst" Tips gegeben, wie man sich zum Beispiel mit Extremisten-Parolen in Live-Sendungen drängelt oder Fahrkartenautomaten knackt."

(aus: Bild am Sonntag)



für notwendig, obwohl wir uns darüber im klaren sind, daß aufgrund der heutigen Situation der Linken dies nur beschränkt möglich ist. Allerdings waren wir bisher der Meinung, daß gerade das Sozialistische Zentrum (bzw. das Sozialistische Büro) auch diese Forderung aufstellt. S'Blättle stellt nun den Versuch dar, so etwas wie eine Aktionseinheit auf kommunaler Ebene zu verwirklichen: Gemeinsame Berichterstattung und Verbreitung von Nachrichten über kapitalistische Mißstände und politische Auseinandersetzungen in Stuttgart. Langsam werden wir auch von vielen linken Gruppen akzeptiert. Die Herausgabe einer zweiten ähnlichen Stadtzeitung stellt den Verusch dar, dieses Vorhaben zu spalten und schadet der Sache sehr: zum einen wird dadurch unsere Postition geschwächt. Zum zweiten wird Verwirrung gestiftet: „Welche Zeitung soll ich lesen, wo soll ich schreiben?" Weitere negative Folgen kann sich jeder ausdenken. Wir wissen zwar, daß sich einige Gruppen durch ein sektiererisches Verhalten gegenüber anderen Organisationen auszeichnen, aber muß man sich dieser Linie unbedingt anschliessen? Über die Motive, die die Herausgebeer des Stuttgarter Volksblattes bewegen, lassen sich nur Vermutungen anstellen. Wir möchten jedoch Klarheit darüber.

Wir bitten daher die Genossen vom PFB, Kritischen Forum, SZ sowie alle interessierte Leser zu einem gemeinsamen Gespräch:

Diskussion über s'Blättle und Stuttgarter Volkszeitung
Möglichkeit einer gemeinsamen Stadtzeitung

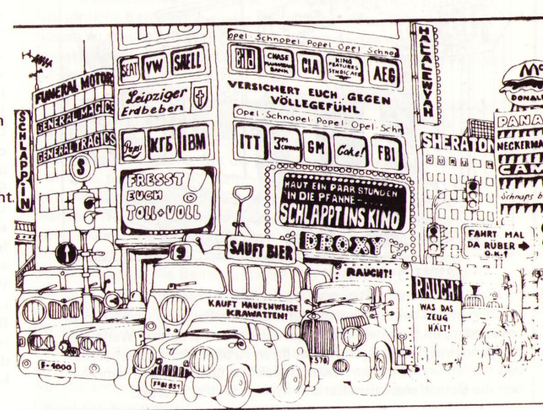
(aus: nr. 8/Juni '76)



Seit Anfang 1973 wird die RoZ in Ronsdorf, einem Stadtteil von Wuppertal mit etwa 30.000 Einwohnern, kostenlos verteilt. Im Laufe der Zeit stieg die Auflage von 1.000 auf jetzt 4.000. Die Anzeigen finanzieren so eben den Druck und unseren „Apparat".

Die RoZ erscheint alle anderthalb Monate. Die Berichterstattung beschränkt sich fast ausschließlich auf kommunalpolitische Themen. Und das ist manchmal nicht leicht, da in einem Ort von 30.000 Einwohnern nicht so viel „passiert" wie in Köln, Aachen oder anderen Großstädten. Im Laufe der Zeit sind jedoch auch bei uns mehrere Bürgerinitiativen entstanden, die die RoZ unterstützt und mit aufgebaut hat. Die Redakteure bemühen sich, aktiv in den Initiativen mitzuarbeiten. Durch Information und Mobilisierung der Bürger sind bereits eine Reihe Erfolge erzielt worden. Dadurch, daß die RoZ in 4.000 Exemplaren kostenlos ausgegeben werden kann, werden viele Leser erreicht, die vielleicht beim Verkauf der RoZ nicht zu den Abonnenten oder Lesern gehören würden.

Zu der Wupptertaler Bürgerzeitung gibt es gute Kontakte. Wir übernehmen die Berichterstattung über Ronsdorf in „Wat löppt". Wir wollen jedoch in jedem Falle als RoZ bestehen bleiben, schon allein wegen der Erfolge in der letzten Zeit.



EIN PROZESS UM DIE FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHE POSTZEITUNGSORDNUNG

Einen für alle Alternativ-Zeitungen wichtigen Prozeß führt augenblicklich das Kölner VolksBlatt mit der Bundespost. Dabei geht es um die Zulassung zum Postzeitungsdienst, d.h., um wesentlich billigere Tarife für den Versand, den Zeitungen erhalten, wenn sie bestimmte Auflagen erfüllen. Um die Wichtigkeit dieser Auseinandersetzung hervorzuheben und Öffentlichkeit herzustellen, hat sich die Redaktion des VolksBlattes in einem Offenen Brief an Postminister Gscheidle gewendet. Darin heißt es:

„Seit knapp zwei Jahren existiert in Köln eine Zeitung der Bürgerinitiativen, das „Kölner VolksBlatt". Und auch seit fast zwei Jahren streiten wir mit der Bundespost um die Zulassung zum Postzeitungsdienst. Dieser Streit ist zur Zeit vor dem Oberverwaltungsgericht Münster anhängig, nachdem das Verwaltungsgericht in Köln uns in erster Instanz Recht gegeben hat. Dagegen hat die Kölner Oberpostdirektion Berufung eingelegt. Abgesehen davon, daß der Prozeß uns viel Geld kostet, das wir als Organ der Bürgerinitiativen kaum haben, entsteht uns ein Verlust von mehreren tausend Mark in jedem Jahr, solange wir die teuren Tarife zahlen müssen.

Vorgeblicher Grund für die Ablehnung ist die Postzeitungsordnung in einer bestimmten Interpretetation, die wir für ziemlich abwegig, aber wirkungsvoll halten. Die Ordnung schreibt eine Satzschrift oder satzähnliche Schrift vor und die interpretierende Behörde hat sich darauf versteift, daß nur mit einer Maschine der Firma IBM geschriebene Texte satzähnlich sind. Diese Schrift hat neun verschiedene Proportionen, unsere, auf der Maschine eines anderen Fabrikates (Typ: Hermes Varia 7oo EL) hergestellt, hat nur vier. (Eine „echte" Satzschrift hat mehr als zwei Dutzend!) Das ist der Kern des Streites, oder, anders gesagt: schaffen wir uns die Maschine eines bestimmten Fabrikates, nämlich IBM, an, kommen wir sofort in den Vertrieb. Wir haben aber eine andere, und wir haben auch nicht vor, sie abzustoßen, denn es gibt weder einen herstellungstechnischen, noch einen ästhetischen Grund dafür.

Uns scheint, die Herren in der Oberpostdirektion Köln, die diese Entscheidungen fällen, verkehren den Sinn des Gesetzes in sein Gegenteil. Sinn der Postzeitungsordnung ist die Förderung von Presseorganen durch billigere Tarife und nicht ihre Verhinderung. Im § 5 heißt es: „Zeitungen im Sinne dieser Verordnung sind periodisch erscheinende Druckschriften, die zu dem Zwecke herausgegeben werden, die Öffentlichkeit über Tagesereignisse, Zeit- oder Fachfragen zu unterrichten. Sie müssen nach Art, Form, Umfang und Verbreitungsweise der im Verkehr üblichen



Aachener Redakteure 1976

Klar, wir sind einseitig, gewissermaßen „Bürgerseitig". Und wir machen es uns da nicht leicht, denn zu viele Parteien und Gruppen behaupten, im Sinne eines „Bürgerwillens" zu arbeiten. Wenn die in irgendeiner Sache Betroffenen ihren Artikel nicht selber schreiben wollen und wir das von der Redaktion übernehmen, dann haben die Betroffenen zum Bericht immer das letzte Wort.

Wir sind auf die Unterstützung unserer Leser angewiesen. Es gibt viele Möglichkeiten dazu:

Sie können uns Leserbriefe und Berichte schicken über Dinge, die ihnen auffallen, die sie ärgern oder die sie einfach interessant finden. Wer keinen langen Aufsatz schreiben möchte, kann uns auch kurz mitteilen, um was es sich dreht, und einer vom „Klenkes" kommt dann vorbei, um mit ihnen die Sache durchzusprechen.

Übrigens:
Man kann den „Klenkes" abonnieren. Das kostet 10,- DM im Jahr. Wenn wir viele Abonnenten haben, können wir längerfristig planen. Man kann auch ein Förderabonnement übernehmen. Dies bedeutet eine Unterstützung des „Klenkes" mit irgendeinem Betrag."

Neue Seeblätter.

Die Seeblätter, erschienen von 1836–1849 in Konstanz, dem „verruchten Jakobinernest". Herausgeber war Josef Fickler, der mit der Zeitung ein wichtiges Aufklärungs- und Verständigungsorgan der Radikaldemokraten um Friedrich Hecker und Amalie und Gustaf Struve schaffte. Die Seeblätter wurden, vor allem in den späteren Jahren, immer wieder verboten und von der Zensur übel zugerichtet. Ihre Redakteure mußten der Reihe nach alle Formen des Freiheitsentzuges kennenlernen und schließlich fliehen.

Nr. 2 — Juni 76 — 1 Mark

" Voraussetzungen der Arbeit sind neben der Situation, in der wir leben, der Ort, in dem wir leben. Konstanz, Stadt mit der Universität „Klein-Harvard" am Bodensee, hat etwa 60.000 Einwohner, vorwiegend in Behörden, Büros und Kleinunternehmen beschäftigt. Industriebetriebe mit über 1.000 Beschäftigten gibt es nur einen (Quandt-Pharma-Gruppe). Zeitungen gibt es auch nur eine große, den „Südkurier", ein Muster-Monopol, das nach Eigenwerbung in 93 % aller Haushalte gelesen wird. Der tut sich durch systematische Informationsunterdrückung und -manipulation im Lokalteil hervor. Es gibt in Konstanz nur eine Bürgerinitiative. Diese richtet sich gegen den Bau einer Autobahn, die ein Altstadtviertel von 12.000 Einwohnern zum Industriegebiet machen würde. Der „Südkurier" steht hier voll auf seiten der örtlichen Unternehmer-Mafia, die die Atuobahn bei der miesen Lage von Konstanz (bis zur nächsten deutschen Großstadt drei LKW-Stunden) recht nötig hat.

Es gab bei der Gründung der „Neuen Seeblätter" keine besonderen Anlässe, die nicht schon Jahre bestanden hätten; es gab keine anderen Blätter als Vorbilder, nicht mal das Wissen von ihrer Existenz. Am Anfang war mal ausnahmsweise die Idee, dann wurden ein paar Bekannte gefragt, ein Flugblatt in der Uni ausgelegt, und dann gings los. Wir haben uns natürlich anfangs den Kopf über ein Konzept zerbrochen: wir wollten ein Blatt machen, das den lokalen fortschrittlichen Gruppen Platz zur Veröffentlichung von Beiträgen gibt. Als Ideal eine Redaktion, die selbst überhaupt nichts schreibt. Daneben Unterhaltung und ein bißchen Sinnlichkeit (gemeint damit ist die Linie der „az"), Beiträge über Unterdrücktes und Totgeschwiegenes der Vergangenheit. Davon sind wir ein wenig abgekommen, teils bewußt und planmäßig, teils leider und hoffentlich nicht für immer. Bewußt von der Idee mit den schreibenden Gruppen: in diesen sind hauptsächlich Studenten am Werk, wie denn unsere erste Nummer auch fast nur von Studenten und Oberschülern gekauft wurde – nicht die, die wir uns unter Bevölkerung vorstellen – von Leuten also, die doch schon ein relativ fortschrittliches Bewußtsein haben; nicht aber von denen, die die Informationen, die in den Seeblättern stehen, sonst auf keinem anderen Weg bekommen.

Zeitung für Zeitung (Bisher warens erst drei!) haben wir uns dann mehr auf die Lokalpolitik geworfen, was uns immense Schwierigkeiten macht. Von den zehn Mitarbeitern ist keiner länger als fünf Jahre in Konstanz, sieben sind Studenten, einer an der Fachhochschule, eine Sozialpädagogin, der letzte schließlich ist Pfarrer, in dessen ESG wir auch unser „Büro" aufgeschlagen haben. Über der Lokalpolitik haben dann Unterhaltung, Sinnlichkeit und Tradition recht das Leiden angefangen, was uns weniger gefällt und wir wieder ändern wollen. Dafür hat uns das Konstanzer als Leser eingebracht, sodaß wir von der letzten Nummer 65 % an Nichtakademiker verkauft haben.

Wir vertreiben unsere Zeitung (Auflage 1.000) zu zehn Prozent im Post- oder Abhol-Abonnement, zwanzig Prozent liegen in Kneipen aus oder werden von den örtlichen Buchhändlern (denen wir entweder keinen oder nur zehn Prozent Rabatt geben!) verkauft, weitere zwanzig Prozent über private Wiederverkäufer. Den Rest verkaufen wir am offenen Samstag in der Stadt, bei Bürgerversammlungen etc..

Finanzieren tun sich die Seeblätter vom Verkauf und zu zwanzig Prozent durch Anzeigen, wobei die angepriesenen Leistungen und Produkte je nach unserer Finanzlage einen oder mehrere Hauche Gebrauchswert haben sollen. Da es in und um Konstanz weder eine nicht profitorientierte Druckerei noch unter den Druckereien echte Konkurrenz gibt, zahlen wir die phantastischen Druckkosten von 74 Pfennigen pro Stück (vier DIN A 3-Bögen). Demnächst bekommt der Buchladen Jos Fritz in Freiburg eine Druckmaschine, die wir dann auch benutzen. Vielleicht können wir uns und den Lesern dann die Anzeigen ersparen.

Rechtsform haben wir keine, Archiv ein sehr rudimentäres, Integrationsprobleme mangels neuer Leute bezüglich dieser auch nicht; ebenso keine Arbeitsteilung Redaktion/Produktion, da wir nicht drucken und zu wenige sind, daß zum Layout nicht alle mithelfen müßten, Entscheidungen fällen wir einstimmig (soweit in Eilfällen die Genossen erreichbar), zensieren tun wir höchstens aus Angst vor dem Amtsrichter bei großzügiger Auslegung des § 88a und dann, wenn wir fürchten, das Geschreibsel versteht keiner und interessiert niemanden, jedoch immer von Artikel zu Artikel ohne generelle Richtlinien (z.B. derart: wir drucken nichts von der Jungen Union ab! Wär auch Blödsinn, die kommen eh' nicht zu uns!).

Feedback kommt von selbst kaum welches. Wenn wir die Leser fragen, finden sie die Zeitung meistens gut, aber zum Mitarbeiten motiviert sie das nicht ausreichend. An Perspektiven wäre eine größere Wohngemeinschaft aller am Projekt als Kern Beteiligten zu nennen, wenn auch in weiter Ferne. Bisher kranken wir nämlich am meisten daran, daß wir Zeitungsmacher, vom Projekt abgesehen, in Mini-Gruppen, Pärchen und Einzelne zersplittert sind und sonst keinen gemeinsamen Lebenszusammenhang haben. Daher stellen die meisten die Zeitung dann auch ziemlich hinten an, sobald sie in ihrer Privatsphäre irgendwelche Schwierigkeiten ha-

ben oder mit sonstwas Wichtigem beschäftigt sind. Bei dreimal sovielen Mitarbeitern oder bei Bürodienern mag das angehn, aber bei so einem kleinen Haufen wie wir einer sind, hat das fatale Konsequenzen: die Zeitung schwebt ständig über dem Abgrund mangels Personal. So ist unsere Gruppendynamik nicht nennenswert, da wir eigentlich keine Gruppe sind; die Resonanz von außen ist gering, da wir kein Freak-Blatt machen wollen (die sind da viel aktiver als die Normalbürger); finanziell und nach Beiträgen leben wir von der Hand in den Mund, und wir wundern uns, wie bei unserer chaotischen Arbeitsatmosphäre „Neue Seeblätter" rauskommen können, die manchmal als „zu professionell" kritisiert werden.

Unter Medienverbund können wir uns, was die Seeblätter betrifft, nicht viel vorstellen. Wir bringen in der Hauptsache Regionales und Kommunales. Wichtiges Bundesweites holen wir aus ED und ID. Über eine gemeinsame überregionale „badische" Seite werden wir mit den Freiburgern verhandeln, über eine „Schweizer Seite" mit dem „Zöndhölzli" (nicht Zündhölzle, ihr norddeutschen Banausen!) aus St. Gallen."

OFFENER BRIEF IN SACHEN STADTZEITUNG

s'Blättle

Stadtzeitung für Stuttgart und Umgebung

Nr. 8 Juni 76 0.70

An die Mitglieder des Sozialistischen Zentrums, des Parteifreien Bündnis Eberle, die Redaktionsmitglieder des Stuttgarter Volksblattes, alle Blättle-Leser

Wir sind nun endlich die leidigen Gerüchte, Vermutungen und tausend Fragen satt und wollen jetzt in dieser Form mal ein paar klärende Worte fallen lassen, um damit möglichst viele Frager, Unwissende, Gerüchteverbreiter usw. zu erreichen.

Es dreht sich um folgendes Problem:

Seit September 1975 gibt es hier in Stuttgart s'Blättle – Stadtzeitung für Stuttgart und Umgebung. S'Blättle erhebt den Anspruch, eine Zeitung zu sein, die aus der Sicht der Betroffenen informiert, also von unten, mit sozialistischer Perspektive, ohne jedoch Sprachrohr nur einer politischen Gruppe oder Partei zu sein. Der, der s'Blättle kennt, wird bestätigen, daß dies auch so ist oder zumindes in der Entwicklung begriffen ist.

Seit Mai 1976 gibt es in Stuttgart noch eine weitere Stadtzeitung: Stuttgarter Volksblatt, Herausgeber: Parteifreies Bündnis und Kritisches Forum, unterstützt vom Sozialistischen Zentrum (SZ) Viele Leser haben sich gewundert und sich gefragt, ob es sinnvoll ist, zwei Zeitungen hier in Stuttgart herauszubringen, und warum wir nicht in der Lage sind, etwas gemeinsam anzupacken. Es gab auch viele Gerüchte: angefangen von, „s'Blättle hat sich vom SZ abgespalten, die Leute vom Blättle sind Sektierer" bis hin zu noch haltloseren und bösartigeren Angriffen. Wir wollen hier noch einmal kurz darauf eingehen, wie es zu dieser Situation kam.

Als s'Blättle im September 1975 das erste Mal erschien, sagte uns das SZ wie z.B. Peter Grohmann seine solidarische Unterstützung zu,kam dieser auch nach in Form von inhaltlichen und finanziellen Beiträgen. Dies entsprach auch ganz der politischen Einstellung des SZ: nämlich Förderung jeglicher Art fortschrittlicher Basisinitiativen. Über eine engere Mitarbeit beim Blättle (persönliche Beteiligung an der Redaktion) waren sich die SZ-Genossen zu dieser Zeit noch nicht im klaren. Geplant jedoch war ein gemeinsames Gespräch zwischen Blättle-Redaktion und genannten SZ-Genossen.

Ende Januar 1976 fand dieses Treffen statt (Blättle-Redaktion und SZ-Büroausschuß). Im großen und ganzen lief die Kritik der SZ-Genossen darauf hinaus, s'Blättle sei zu „links" und damit eine „Insider"-Zeitung. Mit der sozialistischen Perspektive müsse man z.Zt. noch vorsichtig sein, da der Mann auf der Straße dafür kein Verständnis habe. Eine Zeitung müsse mehr „Bürgernähe" besitzen. Wir stimmen mit der Kritik, daß s'Blättle zu „links" sei, nicht überein. Sie scheint uns auch um so unverständlicher,als im Konzept für das Stuttgarter Volksblatt: „Der Versuch, eine Stadtzeitung auf die Beine zu stellen" zu lesen ist: „Die Stadtzeitung ... kann also nicht bloß Betrachter sein, sondern (auch) ein Motor der Kämpfe und Auseinandersetzungen. Sie ... ist aber auch wichtig für eine sozialistische Politik, denn: welche Möglichkeiten haben wir – wenn es konkret um unseren Lebensraum geht – sozialistische Politik an die Öffentlichkeit zu bringen." Auf der anderen Seite geben wir offen zu, daß s'Blättle auf dem Gebiet der kommunalen Berichterstattung noch verbessert und erweitert werden muß, um eine größere Verbreitung zu erlangen. Wir waren, deshalb auch besonders daran interessiert, daß das SZ noch intensiver am Blättle mitarbeitet: schon allein deshalb, weil das SZ über die Verbindung zum PFB (Parteifreies Bündnis Eberle, d.Red.) besonders reiche Informationen über Kommunales besitzt.

Nach diesem Treffen verblieben wir folgendermaßen: auf dem nächsten Mitgliederplenum des SZ wird der Büroausschuß eine Diskussion darüber anregen, ob und dann in welcher Form sich das SZ an der Blättle Arbeit beteiligen will und kann. Über den Ausgang dieser Diskussion wurden wir allerdings nie unterrichtet. Über ein eigenes Zeitungsprojekt ließen die SZ-Genossen nur verlauten, daß so etwas einer längeren Planung bedürfe und im Moment noch nicht spruchreif sei. Auf keinen Fall denkt man jedoch an ein Konkurrenzblatt fürs Blättle.

In der Zwischenzeit erfuhren wir aus verschiedenen Quellen, daß das PFB in Zusammenarbeit mit dem Kritischen Forum und dem SZ das Projekt eines „Stuttgarter Volksblattes" in Angriff genommen hatte. Es erschien ein Konzept: „Der Versuch, eine Stadtzeitung auf die Beine zu stellen" (vielleicht erinnert sich der aufmerksame Leser an dieselbe Überschrift der Selbstdarstellung im Blättle Nr. 0). Dieses Konzept widerspricht eindeutig der Versicherung, das Stuttgarter Volksblatt sei keine Konkurrenz fürs Blättle, denn es beinhaltet ganz ähnliche Ziele, wie sie schon im Blättle formuliert wurden:

- Berichterstattung aus der Sicht der Betroffenen
- Hinweis auf alternative Aktionen
- Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte
- Gegenpol zur bürgerlichen Berichterstattung

Ende April erschien das erste Stuttgarter Volksblatt. Es zeigt sich, daß das Stuttgarter Volksblatt einen ähnlichen Leserkreis erreichen will wie s'Blättle.

Es heißt unter anderem darin: „Wir wünschen uns, daß das Stuttgarter Volksblattzu einem kritischen Forum wird für alle Probleme, die die Stuttgarter Bevölkerung betreffen" und zuletzt: „Diese Zeitung soll offen sein für viele politische Strömungen. Sie will versuchen, das Trennende zunächst im Rahmen dieser Stadt überwinden zu helfen."

Dieser Brief ist offensiv. Soll er auch sein, damit sich einige Leute, die sich bisher geflissentlich um eine Auseinandersetzung gedrückt haben, an einen gemeinsamen Tisch setzen, um mit uns offen und solidarisch zu diskutieren. Wir wollen keine moralischen Vorwürfe gegenüber irgendwelchen Leuten vorbringen. Es geht uns vielmehr um den politischen Aspekt dieser Sache.

Angesichts der Situation, daß die Kapitalisten und ihre Regierung z.Zt. immer offensiver gegen jede fortschrittliche Initiative vorgehen und selbst demokratische Grundrechte mehr und mehr einschränken, halten wir eine verstärkte Zusammenarbeit der Linken



" Das Blatt gibt es seit drei Jahren. Es wird gemacht von einem Kollektiv von sechs Leuten, die auch davon leben, ein paar festen Mitarbeitern und einer Menge Helfershelfern, linken Gruppen, Projekten und Einzelnen, die im Blatt ein Forum der Gegenöffentlichkeit sehen und es auch als solches verwenden. Das Blatt erscheint alle 14 Tage in einer Auflage von z.Zt. über 10.000 Exemplaren, die im Eigenvertrieb über Kioske, Buchläden, Theater, Kinos, Kneipen, Hochschulen, Abonnements und Handverkäufer verkauft werden.

Das Blatt ist eine Zeitung von unten für unten. Es versucht, Nachrichten zu vermitteln, die

1. Für jeden einzelnen im täglichen Leben praktisch zu verwenden sind:
   - billiger bis kostenloser Kleinanzeigenflohmarkt
   - Kino-, Musik-, Theater-, Fernseh- und Radioprogramme und Veranstaltungen im Raum München. Besprechungen von Filmen, Theaterstücken, Platten, Büchern und Musikveranstaltungen
   - Billige Sachen aller Art
   - Adressen, Termine von Gruppen
   - Gewerbliche Anziegen von Kneipen, Boutiquen, Musiklokalen, Filmverlagen und Kinos, Konzerten
   - Quatsch/Unsinn + Cartoons, Comics, Schmuddelzeug, Spaß.
2. Andere Ansätze als die bestehenden aufzeigen und über alternative Lebensformen aus allen Bereichen berichten.
3. Initiativen unterstützen, die nicht von Parteien und Geldgebern getragen werden, sondern in Selbstorganisation entstehen.
4. Meinungen von gesellschaftlich alternativen Gruppen möglichst authentisch in Form von Selbstdarstellungen und Dokumenten wiederzugeben, ohne sie nach eigener Fasson aufzumotzen oder einzufärben.
5. Stellung beziehen zu Themen, die von Massenmedien für nicht so wichtig erachtet, unterdrückt oder verzerrt wiedergegeben werden („Selbst"Morde im Knast, Übergriffe von Polizei und Staatsanwaltschaft, Neue Gesetzesentwürfe wie die Todesschußbestimmung, Maulkorbgesetze, Gewerkschaftspolitik).
6. Zeigen, daß Widerstand gegen staatliche Unterdrückungsmaßnahmen und Einschränkungen der Freiheitsrechte möglich ist.

Was in die Zeitung reinkommt, bestimmt eine (vorerst) halböffentliche Redaktionskonferenz, die sich aus dem Blatt-Kollektiv, den Mitarbeitern und den jeweiligen Artikelschreibern zusammensetzt.

Es gibt kein Statut, kein Programm und keine starre Linie. Probleme werden ad hoc geklärt oder auch nicht. Kriterien zur Artikelauswahl ergeben sich praktisch aus den oben angeführten Punkten, ohne sich dogmatisch daran zu klammern.

Wir wollen zeigen, daß es ohne Druck und Maßnahmen von oben möglich ist, sich zu organisieren und das geht nun einmal nur auf der linken Seite des Spektrums.

Und das ist für die Staatsgewalt Grund genug, mit Strafbefehlen, Prozessen und Beschlagnahme gegen uns vorzugehen. "

KLENKES, ZEITUNG AACHENER BÜRGERINITIATIVEN

"Auch „oben" sieht man sich langsam gezwungen, den „KLENKES" zur Kenntnis zu nehmen — aber man ist dort nicht besonders gut darauf zu sprechen. Das offizielle Aachen reagierte deshalb bisher auf zweierlei Weise:

- einmal, indem man sich einfach über uns ausschwieg, einfach nichts an die Öffentlichkeit gelangen ließ über uns. „Achener Volkszeitung" (AVZ) und „Aachener Nachrichten (AN) spielten da bereitwillig mit. Aber so richtig klappt das auch nicht mehr, zumal inzwischen auch der „SPIEGEL" (Nr. 16 vom 12.4.76) und das Fernsehen (Sendung über das Kölner VolksBlatt vom 12.4.76) bemerkt haben, daß es uns gibt.
- Deshalb versucht man zweitens, wo immer möglich zu verhindern, daß sich Gruppen oder einzelne Bürger an uns wenden. Z.B., indem man der Gruppe X die Kürzung von Zuschüssen androht. Oder, indem man dem Parteifreund Y Schwierigkeiten macht für den Fall, daß er für den „Klenkes" schreibt.



Oft werden wir beim Straßenverkauf gefragt: „Ja, wer steckt denn da hinter? " „Für welche Partei macht ihr denn das? " — Für gar keine. Also: Finanzieren müssen wir uns selbst, durch den Verkauf der Zeitung.

Hinter uns steckt auch keine Partei. Natürlich ergreifen wir Partei. Wollen die mal zu Wort kommen lassen bzw. aus der Sicht derer schreiben, die sonst immer von Politikern, Parteien und „normalen" Zeitungen bevormundet werden: Arbeiter im Kampf um ihre Arbeitsplätze; Mieter, die sich gegen die Willkür der Eigentümer wenden, Frauen, die sich aus fremder Bevormundung lösen wollen; Lehrlinge, Schüler, Kinder und natürlich Bürgerinitiativen, auf die wir uns besonders stützen.

In einem Kommentar zur Fernsehsendung über das Kölner VolksBlatt, eine ähnliche Zeitung wie der „Klenkes", nennt die AVZ das „einseitige Berichterstattung" und fügt noch hinzu: „... Effekthascherei mit rücksichtslosen Methoden dient nicht den Interessen des Bürgers."

Nun, welchen Interessen dient die AVZ? Sie ist schnell dabei, wenn es gilt, Meinungen und Nachrichten, von höherer Warte aus gesehen, abzudrucken; aber da, wo die Tatsachen mit dem AVZ-BILD vom sozialen Frieden und Sozialpartnerschaft nicht zu vereinbaren sind, wo Bürger sich wehren, wo Interessengegensätze nicht mehr zu verkleistern sind, schweigt sie sich aus — oder nimmt erst einmal Rücksprache mit offiziellen Stellen."

Auffassung von einer Zeitung entsprechen." Nur hierum kann es u.E. inhaltlich gehen im Hinblick auf diese Ordnung, und es ist von völlig nebensächlicher Bedeutung, ob der Schrifttyp diesen oder jenen Charakter hat, oder wieviele Proportionen er vorweisen kann. Wie merkwürdig diese Entscheidung sich ausnimmt, mag man etwa daran sehen, daß unter vielen anderen eine Schrift wie die „Deutsche Schachzeitung" (A 21568 E) im Postvertrieb ist, wiewohl sie im Gegensatz zum „Kölner VolksBlatt" weit weniger einer üblichen Zeitung entspricht. Aber sie ist auf einer IBM-Maschine geschrieben. W obei wir diesen Hinweis nicht als Diskrimienierung der Schachzeitung verstanden wissen wollen, sondern als Kritik an der eher uns diskriminierenden Entscheidungspraxis der Behörde.

Da wir nun nicht darauf warten wollen, bis der Streit vor dem Verwaltungsgericht beendet ist, zumal die Sachbearbeiter offensichtlich vorhaben, bis zur letzten Instanz zu gehen, weil sie ihm grundsätzliche Bedeutung beimessen, wollen wir auf diesem Wege eine Lösung von Ihnen erwirken. Denn die Verwaltungspraxis ist umso absurder, als andererseits von den verantwortlichen Politikern immer wieder die derzeitige ökonomische und politische Vereinseitigung der Presse bedauert wird und man gerade die kleinen Blätter zu unterstützen verspricht.

Wir fordern Sie daher auf, den Vorgang dieser Dienststelle zu überprüfen und von Iher Pos ition als Politiker und vorgesetzter Minister eine Entscheidung zu fällen: das „Kölner VolksBlatt" zum Postzeitungsdienst zuzulassen."

Das Ministerium antwortet darauf vorschriftsmäßig:

„Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen;
Für Zulassungsfragen im Postzeitungsdienst sind die Verlagspostämter, im vorliegenden Fall das Postamt Köln 1, zuständig. Die Erteilung der Widerspruchsbescheide wiederum ist Sache der Mittelbehörden, in Ihrem Fall der Oberpostdirektion Köln, deren Präsident die Deutsche Bundespost auch in dem anhängigen Verwaltungsstreitverfahren vertritt. Es besteht keine Veranlassung, von hier aus in ein Verfahren einzugreifen, für das die Oberpostdirektion Köln zuständig ist, u. U. mit der Maßgabe, ein aufgrund der Sach- und Rechtslage gebotenes Vorgehen zu korrigieren. Dies insbesondere deswegen, weil einem derartigen Urteil eine wichtige Präzedenzwirkung zukommt, die die Deutsche Bundespost zu außerordentlich kostenrelevanten Maßnahmen zwingen könnte."

Zum Stand des Prozesses und zur Absprache von Unterstützungsaktionen ist das VolksBlatt unter folgender Adresse zu erreichen: Kölner VolksBlatt: Hohenzollernring 97, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/ 52 97 94.

JUSO MIT DEM 'KÖLNER VOLKSBLATT' SOLIDARISCH

ERFTSTADT–FRIESHEIM (ID) 26.Juli

In einem einstimmig angenommenen Antrag haben die Jungsozialisten des SPD-Unterbezirks Erftkreis auf ihrer letzten Unterbezirksdelegiertenkonferenz den Bundespostminister Gscheidle aufgefordert, die Oberpostdirektion Köln anzuweisen, das ‚Kölner Volks-Blatt' zum Postzeitungsdienst zuzulassen und die diesbezügliche Revisionsklage beim Oberverwaltungsgericht Minster zurückzuziehen.

In der Antragsbegründung heißt es:...dieOberpostdirektion Köln versagt dem ‚Kölner Volks-Blatt' die Zulassung zum preisgünstigen Postzeitungsdienst mit dem lächerlichen Argument, das Volks-Blatt sei „nicht zeitungsähnlich", weil es nicht mit IBM-Maschinen erstellt werde. Das Volks-Blatt ist als Informationsträger in Köln und Umgebung einzigartig und unersetzlich, da es Informationen über Basisarbeit und Bürgerinitiativen sowie über Manipulationen der Verwaltungen und öffentlichen Instanzen bringt, die vor der kommerziellen Presse totgeschwiegen werden. Das Vorgehen der Oberpostdirektion Köln stellt in unseren Augen einen Versuch dar, eine demokratische Zeitung zu unterdrücken, weil sie politisch unbequem ist".

ALTERNATIV-PRESSE-ADRESSEN

„KLENKES", Oppenhoffallee 107, 5100 Aachen, Tel.: 0241/ 50 77 66

„Fliegenpilz" Helmuth Bolle, Litauenring 7, 5760 Arnsberg 1

Bergisches Volksblatt Martin Jenn, Clemensstr. 7, 5070 Bergisch-Gladbach, Tel.: 02202/79 663

„IZ Wedding" B. Müller, Pottbusser Str. 31, 1000 Berlin 65

Info BUG c/o Sozialistisches Zentrum, Stefanstr. 60, 1000 Berlin 21, Tel.: 030/ 395 80 83

„Keule" Oranienstr. 188, 1000 Berlin 36

„Radikal" Karl Utsch, Schwalbacherstr. 6 a, 1000 Berlin 41, Tel.: 030/ 821 06 41

„KOZ" Kreuzberger Stadtteilzeitung Karin Fröhlich, Friedrichstr. 31, 1000 Berlin 61, Tel: 030/ 257 88 32

„Guten Morgen" Ulli Kröger, Gliesmaroderstr. 127, 3300 Braunschweig

„Was lefft" Erlanger Stadtzeitung, Moltkestr. 9, 8520 Erlangen

„ID",Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/ 70 43 52

„Hauptwache" und
„Lateineuropa", Arndtstr. 31, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611/ 74 66 33

„Die andere Zeitung", Alexanderstr. 49, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/ 7[illegible] 16 69

Stadtzeitung für Freiburg, Adlerstr. 5, 7800 Freiburg, Tel.: 0761/ 336 50

blätter des iz3W, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Freisinger Stadtzeitung Sibylle Kalusche, 8051 Oftlfing 4, Tel.: 08167/ 356

LAZ - Ladenzeitung der AG Provinz im VLB & Stadtzeitungsinitiative Fulda Sofa Buchladen, Ohmstr. 14, 6400 Fulda

„Neue Gladbecker Zeitung" Margit Fischer, Zum Brink 23, 4390 Gladbeck

Info HUG c/o Schwarzmarkt, Bundesstr. 9, 2000 Hamburg 9

„Große Freiheit" Hälfte des Himmels, Schlüterstr. 79, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040/ 410 42 62

„Die Zeitung" - Jugendzeitung Lübeck Nils-Holger Schomann, Börnestr. 17, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/ 200 41 81

Fragezeichen Internationalismus Buchladen, Postfach 3003, Königsworther Str. 19, 3000 Hannover, Tel.: 0511/ 171 73

„Heidelberger Rundschau" Postfach 102 860, 6900 Heidelberg, Teil: 06221/ 13 269

Carlo Sponti, Rohrbacherstr. 160, 6900 Heidelberg

Hildesheimer Initiativ-Zeitung Margit Hilbig, Ahornweg 23, 3200 Hildesheim

Stadtzeitung Zeche-Marie-Weg 7, 3500 Kassel, Tel.: 0561/ 40 31 44

Befreiung Ralf Stein, Postfach 101 826, 5000 Köln 1

Kölsche Klüngel, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln 41

Heinzelpress,„Gereonsmühlengasse 24, 5000 Köln 1

„Kölner VolksBlatt", Hohenzollernring 97, 5000 Köln, Tel.: 0221/ 52 97 94

„Neue Seeblätter", Höhenweg 43, 7750 Konstanz, Tel.: 07531/ 63 215, 54 746

„Kriewelsches" Theo Mosterz, Hauptstr. 402, 4150 Krefeld-Oppum

„Kompost - Grüne Kraft" W. Piper, 6941 Lohrbach im Odenwald

„Haidhauser Nachrichten", Elsässerstr. 9, 8000 München 80

„Blatt", Adelgundenstr. 18, 8000 München22, Tel.: 089/ 223 221

„Perlach aktuell" Klaus Bürner, Karl-Marx-Ring 51, 8000 München 83, Tel.: 089/67 07 117

„Knipperdolling" D. Schnack, Schillerstr. 74a, 4400 Münster, Tel.: 0251/ 66 12 17

"Ruhr VolksBlatt" Ralf Mattes, Werrastr. 1c, 4200 Oberhausen-Eisenheim

"Passauer kleine Zeitung" Ldudwigstr. 4, 8390 Passau,T.0851/35563

Stadtzeitung Saarbrücken Jers Jacobi, St.-Johanner-Markt 21, 6600 Saarbrücken, Tel.: 0681/ 372 46

Hochrhein VolksBlatt, c/o SB, Friedrichstr. 77, 7880 Säckingen

s'Schorndorfer Blättle Tilmann Bornefeld, Stericher Weg 25, 7060 Schorndorf, Tel: 07181/ 671 81, 684 08

Jugendzeitung „Konflikt" Frank-Werner Pilgram, Opferfeldstr. 14, 5650 Solingen, Tel.: 02122/ 31 44 49

„s'Blättle", Baumreute 34, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/ 60 64 57

„Stettener Dorfzeitung" C. Böhringer, Schillerstr. 5, 7055 Stetten, Tel.: 07151/ 447 69

„Freie Presse" Horst Stowasser, Postfach 1704, 6330 Wetzlar

„Provinz" Jurgen Wallbaum, Dotzheimer Str. 72, 6200 Wiesbaden Tel.: 06121/ 488 36

„Klartexte" Verlag Ursula Lücking, Scharnhorststr. 32, 6200 Wiesbaden, Tel.: 06121/ 48 182

Würzburger Alternative Ali Schuster, Spessartstr. 49, 8700 Würzburg, Tel.: 0931/ 41 23 48

„Wat löppt" c/o Börse, Viehhofstr. 125, 5600 Wuppertal, Tel.: 0202/43 5050

„Ronsdorfer Zeitung" Ulrich Schwebinghaus, Erbschlöer Str. 115, 5600 Wuppertal 21, Tel.: 0202/ 46 60 55

s'Zöndhölzli , Nafenackerstr. 5, CH-9003 St. Gallen

ZEITUNGSINITIATIVEN :

Volksblattinitiative Anette Brünger, Lerchenstr. 60b, 4800 Bielefeld

Initiative Regensburg Wolf Rüdiger Weiß, Am Hetschenberg 4, 8401 Piesenkofen – Post Obertraubing

Dortmunder Volksblatt Peter Klemens, Lübecker Str. 24a, 4600 Dortmund, Tel;: 0231/ 52 48 91

Zeitungsalternative Ingrid Blauth, Zeil 1, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611/ 29 55 69

Film Faust B. Steinborn, Schumannstr. 64, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611/ 74 92 30

Initiative Wolfgang Prelle, M.-Henkel-Str. 1, 6400 Fulda

Hagener Volksblattinitiative e. V. Jörg Hoppe, Hochstr. 50, 5800 Hagen

Arbeitsgruppe „Volk im Bild" Gneisenaustr. 34, 2000 Hamburg 20

Initiative Regenwburg Wolf-Rüdiger Weiß, Am Hetschenberg 4, 8401 Piesenkofen – Post Obertraubing

Wolfgang Meier, Gleiwitzer Str. 2, 4350 Recklinghausen, Tel.: 02361/ 45 295

Kurt Unger, Ardeystr. 193, 5810 Witten

Zielgruppen/Zeitungs/Projekt Karl-Renner-Institut, Rechte Wienzeile 97, A-1050 Wien

Benno Meyer, Mozartstr. 1, 5200 Siegburg





ALTERNATIVE PRESSEDIENSTE IM AUSLAND

Die Diffamierung der internationalen Studentenbewegung durch die herrschende Presse und die tendenziöse berichterstattung von "unabhängigen"Presseagenturen,die wie man heute weiß weitgehend von den Geheimdiensten infiltriert sind,führten ab 1968 zur Gründung von "alternativen" Pressediensten.Vorbild waren für viele der amerikanische LNS und die französische APL. Der ID,dessen erste Nummer im August 1973 erschien(noch mit der Bezeichnung Sozialistische Presse Agentur)entstand in diesem Zusammenhang und bezog seine Auslandsnachrichten zu großen Teil von diesen alternativen Pressediensten.
Wir geben einen kurzen Ausschnitt aus den Pressediensten und Zeitungen,mit denen wir zusammenarbeiten :
In Klammern das Kürzel dafür.

FRANKREICH

Achetez libération tous les jours au même endroit

(libe') LIBERATION
27,Rue de Lorraine
75019 Paris
Tel:202 90 60

Die Tageszeitung entstand im Sommer 1973 aus einer linken Presseagentur,der "Agence de Presse Libe'ration" und ist seitdem das wichtigste Kommunikationsorgan der nicht Parteigebundenen französischen Linken.Sie bringt neben Nachrichten aus Frankreich und aller Welt ,ausführliche Recherchen und bietet sich mit ihrem Leserbrief und Kleinanzeigenteil,sowie durch Überlassen von Sonderseiten den verschiedensten politischen Gruppen als Sprachrohr an. Durch die Veröffentlichung von Namen von CIA-Agenten wurde sie auch im weiteren Ausland bekannt.
Preis:1,50 Franc Abo-Ausland:55 Franc je Monat

(ph) POLITIQUE HEBDO
14,Rue des petits Hotels
75010 Paris
Zel.2467252



"Politische Wochenzeitschrift",die Artikel aus der nicht Parteigebundenen Linken und Eischätzungen zur Situation der französischen Linksradikalen bringt.Korrespondentenberichte aus der internationalen Bewegung.Gibt noch die Monatszeitschrift "Politique Aujourd hui" heraus.
Prei: 4 Franc,180 Franc im Jahr

LA GUEULE OUVERTE



(go) LA GUEULE OUVERTE
8,Rue de Conde'
75006 Paris
Tel. 0334702

Das"offene Maul" erscheint wöchentlich und bringt vorwiegend ökologische Artikel über die Ant-KKW-Bewegung,alternative Energieerzeugungssysteme,Landkommunen,Weinbauer,Kriegsdienstverweigerern,gealtfreie Aktionen usw.Alles sehr lockre V verpackt mit vielen Comocs von Reiser.Aktuell in sehr großen Geldnöten!
Preis: 4 Franc,50 Franc das drei-Monats Abo.

(if) INTERFERENCES
Pour une critique des appareils d'information et de communication
B.P.353.16
75768 Paris Cedex 16

Dreimonatsschrift auf Glanzpapier,versucht eine Kritik der Informations und Kommunikationsapparate.Das annonyme Herausgeberß kollektiv erregte durch die Aufdeckung der Abhöranlagen der Abhöranlagen der Pariser Polizei aufsehen. Artikel über Counterinsurgency-Strategien mit Hilfe von Computern, Abhöranlagen, Piratensender, alternative Technologien. Preis : 12 F., Jahresabo 44F.

BELGIEN

(apl-b) AGENCE DE PRESSE LIBERATION BELGIQUE
35, rue de l'inquisition
104 1040 BRUXELLES
tel. 735.42.97

Die belgische Presseagentur wurde nach dem Vorbild der französischen apl
sischen APL gegründet und bringt wöchentlich (früher dreimal wöchentlich) ein hektografierttes Nachrichtenbulletinmit Nachrichten aus der Arbeiterbewegung und alternativ-szene Belgiens sowie einem sehr guten Auslandteil hreraus. Angelschlossen ist eine APL-Foto und eine flämische Agentur "Bevrijdings Pers Agentschap". Preis pro Nummer 15 FB, Abonnement : 15 Ex-300 FB.



POUR Pour ecrire la liberté / ASBL
22 rue de la Concorde
1050 BRUXELLES
tel. 513.57.87

Wochenzeitschrift, die von einem Kollektiv herausgegeben, Themen aus der Arbeiterbewegung und linken Szene ausführlich behandelt und kommentiert. Ab und zu Sondernummern wie zum Bespiel Homosexualität, Massenverkehrsmittel... Presi 15 FB, Abonnement : für 6 Monate 450 FB, 1x Jahr 850 FB

SCHWEIZ

(zd) · ZEITDIENST zur sozialistischen Information und Diskussion
Postfach 195
8025 Zürich
tel. 32 26 74

Der Zürische Zeitdienst erscheint im 29. Jahrgang wöchentlich im Heftformat mit Nachrichten für die linke Bewegung in der Schweiz. Preis : 90 Rp., Abo 6 Mo. 26 Sf., 1 Jahr 50 Sf.

focus FOCUS - verlag
Postfach 161
8033 Zürich
tel. 287700
Erscheint monatlcich, ein politisches Magazin.

(pts) PEOPLES TRANSLATION SERVICE
jetzt : NEWSFRONT INTERNATIONAL published by PTS
2054 Universtity Ave
Berkeley, CA 94704
tel. 843.88.25

Bringt hauptsächlich Übersetzungen aus ausländischen linken und liberalen Zeitungen *(z.B. Excelsior aus Mexico, Le Monde Fr.) Um die alternative Presse der USA Material über das Ausland zu liefern. Kontakte in der BRD : ID und KVZ. Erscheint seit etwa vier Jahren, in Heftformat mit Fotots und Grafiken. Abo : 12 Exemplare kosten 6 Dollar, Multiplikatoren wie Zeitungen zahlen allerdings 10 Dollar füe 4 Exemplate.

ENGLAND

(PNS) PEOPLES NEWS SERVICE
138 - 142 , Drummond St.
London NW 1
tel. 01 388.08.48

Der mit kleineren Unterbrechungen seit Juni 73 bestehende PNS wurde nach dem Vorbild der damaligen APL in Paris gegründet. PNS wurde nach dem Vorbild der französischen APL gegründet. In einem hektografierten, gehefteten Bulletin bringt er 14tägig Nachrichten über die linke Bewegung über Militär, Rassismus und Gefängnisse in England.

PNS ist Mitglied des englischen alternativen Pressesyndikats. Preis 15 pence, Abo 10 Exemplare 2.35 Pfund



the GUARDIAN is an arsenal of ideological ammunition

(ANS) ALTERNATIVE NEWES SERVICE
61 Goldbourne
62
61 Golbourne Rd.
London W 10 5NR
tel. 01 969. 4951
Erscheint unregelmäßig in hektografiertem Hulletin.

ANS

GUARDIAN
The independant radical newsweekly
Guardian
33 West 17th St.
New York (NY) 10011
tel. (212) 691/0404

Das unabhängige Wochenmagazin bringt im Zeitungsformat Nachrichten und Meinungsbeiträge zur amerikanischen Arbeiterbeweg ung, Rassismus, FBI/CIA, Indianer etc. sowie die zu internationalen Befreieungsbewegungen und Vorgänge in den Entwicklungsländern. Preis : 35 Cent, Abo 12.50 Dollar pro Jahr.

USA

LNS

(lns) LIBERATION NEWS SERVICE
160, Claremont Ave.
NEW YORK (NY) 100 27
tel. 212/749.22.00

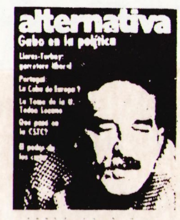
Existiert seit acht Jahren und erscheint zweimal wöchentlich. Jedes Exemplar besteht aus sieben bis zehn ungehefteten Blätteen, davon auf Seiten Fotos
davo
Fotos
3 Fotoseiten. Das aus acht Journalisten bestehende Kollektiv gibt Nachrichten von Korrespondenten über die amerikanische Arbeiterbewegung, das Gesundheitssystem, Gefängnisse, Indianer, Rassismus etc,. heraus. Gute Berichterstattung über A Südamerika und Südost-Asien. Abo 20 Dollar pro Monat, 140 Dollar im Jahr.

KANADA

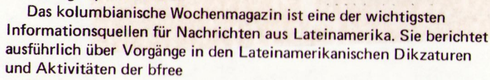
OPEN ROAD (Issue One, Summer 1976)
The Open Road
Box 6135, Station G
Vancouver, B.C., Canada

Die kanadische Neuerscheinung berichtet über Stadtguerilla in Seattle, USA (George Jackson Brigade), Martin Sostre (ID 4 : USA), der nach neuen Jahren freigelassen wurde, über Phil Ochs und in einer Beilage über den "Mord auf Raten an Ulrike Meinhof", über Katharina Hammerschmidt, Valpreda, P.P.Zahl und andere Opfer von Justiz und Polizei.

KOLUMBIEN



ALTERNATIVA
Calle 18, N. 6-08
Bogotá Kloxxxxxxxxxxx
Bogotá Kolumbien


Das kolumbianische Wochenmagazin ist eine der wichtigsten Informationsquellen für Nachrichten aus Lateinamerika. Sie berichtet ausführlich über Vorgänge in den Lateinamerikanischen Dikzaturen und Aktivitäten der bfree
und Aktivitäten der Befreieungsbewegungen. Jahresabo 60 US Dollar



BESUCHT DIE BUCHHANDLUNG 'LIRE'!

MARSEILLE (ID/LIBERATION)
22.Juli

Am 5.7. explodierte vor der linken Buchhandlung ,Lire' ein Kilo Plastiksprengstoff. Die Explosion riß ein Eisengitter, das die Tür schützte, und eine kugelsichere Schaufensterscheibe wurde in den Laden geschleudert.

Der Schaden beträgt 20.000 Franc. Das Gitter und die Scheibe waren eingebaut worden, als vor ca. sechs Monaten ein erster Anschlag erfolgte.

Die Genossen des Buchladens bitten alle zur Deckung des Schadens zu Spenden und alle, die in dieser Zeit nach Frankreich fahren, einmal in Marseille vorzubeizukommen und die Buchhandlung zu besuchen.

Die Adresse: Buchhandlung ,Lire',16,Rue Sainte
13001 Marseille.

MÜSLI VON RAPUNZEL

AUGSBURG (ID)
26.Juli

„Unser Naturkostladen in Augsburg fing im Januar 75 an zu wachsen. Im selben Jahr wuchs unser Gemüse recht gut und unsere Freundschaften auch. Jetzt nach 1 1/4 Jahren sind wir so stark im Wachsen und alles scheint mit uns und wir mit ihm zu wachsen. Man darf nur den Energiestrom nicht hemmen und bremsen. An Greifbarem ist auch viel hinzugekommen: wir machen viel Müsli, machen selbst Tahin, Nußmuse und Gomasio und unser Leckerli, was wir gerne für andere Läden, Gruppen und Einzelne mitmachen würden. Wir haben außer unserem Rapunzelhof noch ein großes altes Gasthaus gefunden, wo für vieles Platz ist, unentgeltlich, für irgendwelche Zusammenkünfte, Kurse oder Erfahrungen (unser Saal hat 120 m^2). Auch zum Übernachten gibt es Gelegenheit.

Außerdem war unsere letzte Idee, hier in der alten Post einen einfachen Laden mit Grundsachen einzurichten und alles mit 15% Aufschlag weiterzugeben an Menschen, die hierher kommen wegen der Kommunikation; sie könnten auch umsonst da schlafen und essen. Man könnte auch so vieles austauschen. Bei genügendem Interesse würden wir auch gerne einmal im Monat eine Tour machen zu den vielen Gruppen und interessierten Alleinigen, die da verstreut in Ober- und Niederbayern wohnen. Da möchten wir auch gleich sagen, daß wir noch Kräuterweiblein und -männlein suchen, die uns Tees und Kräuter, Öle usw. verkaufen möchten, Menschen, die Ziegen-, Schafs- oder Kuhkäse übrig haben. Ich hoffe, ihr versteht das recht, wir wollen uns nicht an der Hände-Arbeit anderer bereichern, sondern finden es halt besser, Gruppen oder Einzelne zu unterstützen, als mit unseren Einkäufen nur Superfirmen reicher zu machen.

Lassen wir es doch wachsen!

Unsere Adressen: Rapunzelladen, Katherinengasse 15, 89 Augsburg, (0821/514066)
Rapunzelhaus, Haus Nr. 1, 8901 Tegernbach, Post Baindlkirch, (08202/677)."

VOGELSBERGER KUNSTGENOSSENSCHAFT GEGRÜNDET

WERNGES (ID)
27.Juli

Im Mai dieses Jahres wurde anläßlich eines Festes auf einem Bauernhof im südlichen Vogelsberg die Idee einer Genossenschaft aus der Taufe gehoben. Inzwischen haben sich erste Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit gezeigt. Die Genossenschaft besteht bisher aus vier Teilen: 1. Das ,Objekt Altenfelder Hof', ein Hof mit bisher über dreißig Stück Kleinvieh (Ziegen,Schafe) und mehreren Hektar Land. 2.Die Kunstwerkstätte Frankenschlag, ein Treffpunkt für Liedermacher und Theatergruppen. 3.Die ,Vogelsberger Akademie Michelsau', in der getöpfert wird und Musikinstrumente hergestellt werden, sowie 4. ,Sektion Kunsthandwerk und Musik' hier in Wernges.

Die Perspektiven liegen dabei in Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch, sowie „ hoffnungsvoll" irgendwann auch in ökonomischer Unabhängigkeit von außen. Erste Versuche einer Zusammenarbeit, einem Austausch von Arbeit und Material finden statt. Anstatt Geld zu zahlen, „helfen wir uns gegenseitig aus. Wir hacken das Unkraut für die anderen, die die Kirschen ernten, die einen waschen ihre Wäsche bei uns, wir

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations–Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations-Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm. 90

903R 146 1
H.U. DILLMANN
ZUELPICHER STR. 259
D-5000 KOELN 41

INITIATIVE „BILDERDIENST IM ID"



ZIELE

Die überall aus dem Boden schießenden Volksblätter, Stadt- und Alternativzeitungen legen den Gedanken nahe, einen zentralen Bilderdienst zu organisieren.
Aufgabe des Bilderdienstes soll es sein, diejenigen Fotographien einer weiteren Verbreitung zugänglich zu machen, die in ihren Aussagen und Inhalten die in der Alternativpresse behandelten Themen illustrieren.
Wir vermuten, daß viele Fotographien in Dunkelkammern liegen bleiben, obwohl sie in linken Zeitungen, auf Flugblättern, Wandtafeln usw. abgedruckt werden können.
Deshalb fordern wir alle Fotographen und Knipser auf, eure „vor Ort" gemachten Fotos, Plakate und Monatgen auf dem von uns vorgeschlagenen Weg dem linken Blätterwald zugänglich zu machen.

PREISFRAGE

Honorare an die Hersteller der Bilder können wir nicht zahlen, weil wir von vorneherein davon ausgehen, daß die Abnehmer finanzschwach sind und den Agenturpreis von DM 35,- pro Foto nicht aufbringen können. Der Bilderdienst muß kostendeckend arbeiten (Porto, Büro, Reproduktion, Material etc.).
Die Gebühren werden zwischen DM 5,- und DM 10,- betragen.

KONTAKT

Zu erreichen sind wir in Frankfurt beim *„Informationsdienst /ID", Postfach 00340, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/ 70 43 52*